

17. Beiblatt Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz 13. Juli 1955

352/J

Anfrage

der Abg. K i n d l, Dr. G r e d l e r und Genossen
an die Bundesregierung,
betreffend den Ankauf von Überschußgütern der abziehenden Besatzungs-
mächte zugunsten der Bombengeschädigten.

-.-.-.-.-.-

Es ist zu erwarten, daß die abziehenden Besatzungstruppen be-
trächtliche Mengen von Überschußgütern in Österreich losschlagen werden.
Die Amerikaner haben bereits mit einer derartigen Aktion begonnen. Neben
ausgesprochenen Wehrmachtsgütern und Textilien standen auch viele Ein-
richtungsgegenstände und Möbel im Gebrauch der Besatzungsangehörigen,
deren Rücktransport sich nicht lohnen dürfte und die sicherlich ebenfalls
vor dem Abzug zum Verkauf kommen. Um zu vermeiden, daß einige privilegierte
Händler mit diesen Demobilisierungsgütern Geschäfte machen, wäre es an
sich zweckmäßig, wenn die Republik Österreich bei den Besatzungsmächten
als Käufer auftreten würde. Die Besatzungsmächte wären sicherlich auch
bereit, Österreich bei einem en bloc Verkauf besonders günstige Bedin-
gungen einzuräumen.

Die österreichische Bundesregierung hätte mit diesen Gütern die
Möglichkeit, durch Abgabe zu günstigen Bedingungen an die Bombengeschädig-
ten auch diesen im Rahmen aller Entschädigungen und Wiedergutmachungen
völlig leer ausgegangenen Leuten eine Wohltat zu erweisen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die öster-
reichische Bundesregierung die

Anfrage

Ist die Bundesregierung bereit, mit den abziehenden Alliierten
über einen Ankauf ihrer Demobilisierungsgüter zu verhandeln und diese
Güter zu günstigen Bedingungen den Bombengeschädigten zur Verfügung zu
stellen?

-.-.-.-.-.-